



Justizpalast in Ankara: Die Staatsanwaltschaft in der Türkei erhält eine eigene Polizei.

Polizei der Justiz

Die Staatsanwaltschaft in der Türkei wird von einer Justizpolizei bei ihren Aufgaben unterstützt.

Im August 2004 hat in der türkischen Hauptstadt Ankara ein EU-Projekt zu menschenrechtskonformen Vernehmungsmethoden der Polizei begonnen. (siehe „Öffentliche Sicherheit“, Nr. 3-4/05). Ein Pool von rund 40 Expertinnen und Experten aus dem EU-Raum, darunter 15 Angehörige des österreichischen Innenressorts, unterstützt die inhaltliche Entwicklung des Projekts im Rahmen von Workshops und Trainings.

Da Vernehmungen ein wesentlicher Bestandteil der kriminalpolizeilichen Ermittlungen sind, die letztlich die Verwertbarkeit im justiziellen Verfahren im Hintergrund haben, ist auch eine Neuregelung der Kooperation der Polizei mit den Justizbehörden von großer Bedeutung.

Derzeit werden kriminalpolizeiliche Ermittlungen je nach Art des Delikts unter der Verantwortung einer der drei Abteilungen der Polizei geführt: Die Ermittlungen bei minder schweren Delikten sind der Abteilung für öffentliche Sicherheit (uniformierte Polizei) zugeordnet, der die einzelnen Polizeistationen unterstellt sind. Schwere Straftaten werden von der Abteilung für organisierte Kriminalität erhoben, die nachgeordnete Abteilungen in jeder Polizeidirektion hat. Bei Staatssicherheits-Delikten ermittelt die Antiterror-Abteilung,

die ebenfalls nachgeordnete Abteilungen in jeder Polizeidirektion führt. Festnahmen und Hausdurchsuchungen können nach geltender Rechtslage von der Polizei aus eigenem vorgenommen werden – bis zu 24 Stunden. Bei mehr als zwei Verdächtigen kann die Festnahmedauer bis zur Übergabe an die Justiz mit Verfügung der Staatsanwaltschaft auf höchstens vier Tage ausgedehnt werden. Die Staatsanwaltschaft hat eine Kontrollbefugnis gegenüber der Polizei. Insbesondere überprüft sie die Anhaltebedingungen im Polizeiarrest und erstattet dem Innenministerium darüber Bericht.

Neues Strafrecht. Am 1. April 2005 ist in der Türkei ein neues Strafgesetzbuch und eine neue Strafprozessordnung in Kraft getreten. Die Strafprozessordnung sieht eine zentrale Rolle der Staatsanwaltschaft vor. Demzufolge soll die Staatsanwaltschaft über gerichtlich strafbare Handlungen informiert werden und konkrete Ermittlungsaufträge erteilen, weiters wird die Staatsanwaltschaft ermächtigt, eigenständige Ermittlungen ohne Einbindung der Polizei zu führen. Die Ermittlungsaufträge der Staatsanwaltschaft an die Polizei müssen schriftlich verfasst sein, nur in dringenden Fällen können sie mündlich

erteilt werden. Grundrechtseingriffe der Polizei sind an entsprechende Verfügungen der Justizbehörden gebunden.

Justizpolizei. Die neue Strafprozessordnung sieht die Einrichtung einer Justizpolizei vor, der die operative Umsetzung von Ermittlungsaufträgen zentral zugeordnet ist. Derzeit wird eine Verordnung vorbereitet, die die Organisation der Justizpolizei näher definieren soll.

Unabhängig von der organisatorischen Zuordnung der Justizpolizei zum Innenministerium wird die Staatsanwaltschaft über die operative Unterordnung hinaus weitgehende administrative Befugnisse über die Justizpolizei erhalten: Die örtlichen Staatsanwaltschaften sollen jährliche Leistungsbeurteilungen über die jeweiligen Leiter der Justizpolizei-Abteilungen an das Innenministerium abgeben und Suspendierungs-Befugnisse erhalten. Versetzungen von Angehörigen der Justizpolizei sollen an die Zustimmung der Staatsanwaltschaft gebunden werden. Zur Erfüllung der Aufgaben, die sich mit der Verlagerung der Führungskompetenz von der Polizei zur Staatsanwaltschaft ergeben, werden 4.000 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte eingestellt.

Karl-Heinz Grundböck